

# Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

erneut stehen wir wegen Corona vor einer „nationalen Kraftanstrengung“: Ab 2. November gilt ein einmonatiger Teil-Lockdown zum Schutz von Leib und Leben. Eine Herkulesaufgabe, die allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen viel abverlangt – das wissen wir. Doch die Maßnahmen zur Abwehr der Pandemie sind leider unausweichlich, wenn wir einen Gesundheitsnotstand im Freistaat verhindern wollen. Wir haben dem Maßnahmenpaket zugestimmt, weil zentrale Einrichtungen im Freistaat offenbleiben: **Schulen und Kitas, damit Eltern ihrer Arbeit nachgehen können. Industrie, Einzelhandel, kleine Geschäfte und selbst Friseure bleiben ebenfalls geöffnet – ein ganz großer Unterschied zum Lockdown im Frühjahr.**



**Dass Hotels, Restaurants, Kinos und Theater ab dem kommenden Montag für einen Monat schließen müssen, bedauern wir sehr – hier hat die Bundesregierung jedoch mit neuen Überbrückungs- und Stabilisierungshilfen im Umfang von bis zu 75 Prozent des Vorjahres-Monatsumsatzes eine zielführende Lösung vorgelegt. Nun gilt es, auch die schwer gebeutelte Kulturwirtschaft im Freistaat noch treffsicherer zu unterstützen.** Entscheidend für den Erfolg der Maßnahmen ist, dass sich weiterhin möglichst alle Bürgerinnen und Bürger an die allgemeinen Abstands- und Hygieneregeln halten. Wir FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag wollen solidarisch handeln, damit wir Weihnachten hoffentlich mit einem erträglichen Maß an Einschränkungen erleben können.

Es gibt jedoch auch viel Positives aus dieser Woche: **Umweltminister Thorsten Glauber hat seine erste Regierungserklärung zum Thema „Wasser als Gemeingut“ im Plenum abgegeben.** Eine ausgezeichnete Rede, in welcher er deutlich klarstellte, dass Wasser uns allen gehört – und unter keinen Umständen privatisiert werden darf. Dies ist der einzig richtige

Schritt, um Wasser auch künftig für alle zugänglich zu halten. Mit einer **außerplanmäßigen Sonderplenarsitzung** debattierten wir die **neuen Maßnahmen und legitimieren sie so auch weiterhin demokratisch** – schließlich wollen wir alle gemeinsam die schockierenden Bilder von überlaufenen Krankenhäusern aus anderen europäischen Ländern verhindern und rechtzeitig Leben schützen.



*Unser Fraktionsvorstand bereitet die Plenarwoche vor (27.10.2020)*

## Rückblick

Die **Regierungserklärung von Umweltminister Thorsten Glauber** war das Highlight der Plenarsitzung vergangenen Mittwoch. Inhalt seiner Rede war neben dem **50-jährigen Bestehen des Umweltministeriums** auch das Thema **„Wasser als Gemeingut“**. Denn drei Dürresommer in Folge haben gezeigt, dass **Wasser auch in Bayern immer knapper** wird. Das ist gefährlich, denn Wasser ist unverzichtbar für menschliches Leben, den Erhalt unserer Ökosysteme und die Landwirtschaft. Deshalb **setzt sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion schon seit vielen Jahren gegen Versuche von Großkonzernen und Lobbyvertretern ein, das kostbare Nass zu privatisieren**. Dass Städte und Gemeinden weiterhin Zuschüsse nach der Wasserwirtschaftsrichtlinie RZWas bekommen können, wenn sie ihre Trinkwasserleitungen oder Abwasserkanäle sanieren, ist ebenfalls ein Verdienst der FREIE WÄHLER-Fraktion: Dank unserer Initiative und dem Einsatz von Umweltminister Glauber wurde die Härtefallregelung über 2021 hinaus verlängert. Doch auf der To-Do-Liste des Umweltministers landet nicht nur Wasserschutz, sondern auch Arten- und Klimaschutz. Thorsten Glauber hat **mit dem «Volksbegehren Plus» zum Bienen-schutz einen Meilenstein für die Artenvielfalt** gesetzt – das ist besonders wichtig, denn schließlich wollen wir auch für künftige Generationen eine intakte Umwelt in Bayern.



*Umweltminister Glauber am 28. Oktober bei seiner Regierungserklärung*

Mit einem Dringlichkeitsantrag wollen wir **Beamtenanwärtern beistehen, die während der Corona-Pandemie Infektions-Nachverfolgungsteams in Gesundheitsämtern verstärken**. Denn die Beamtenanwärter von heute sind das Herz der Verwaltung von morgen. Aus ihrem großartigen Zusatzengagement während der Pandemie darf ihnen kein Nachteil für ihre weitere Berufslaufbahn erwachsen. Stattdessen müssen wir sicherstellen, dass die **praktische und fachtheoretische Ausbildung, Abschlussnoten und erste Beurteilungen nicht unter Corona leiden**. Insbesondere dürfen keine einzelnen Beamtenanwärter aus laufenden fachtheoretischen Ausbildungssequenzen zugunsten der Krisenbewältigung abgeordnet werden, um auch unter Pandemiebedingungen jederzeit Chancengleichheit und die hohe Qualität der bayerischen Verwaltungsausbildung gewährleisten zu können.

Mit einem weiteren Dringlichkeitsantrag setzen wir uns für die **Anhebung der Minijob-Grenze** ein. Denn Arbeit muss sich lohnen – auch für Geringverdiener. Wir wollen den Menschen in Bayern und Deutschland eine bessere Perspektive beim Verdienst im niedrigen Einkommensbereich geben. Minijobs sind ein **wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument, das gerade bei variierenden Auftragslagen flexibel und mit geringem bürokratischem Aufwand für Entlastung der übrigen Beschäftigten** sorgen kann. Gleichzeitig bekommen Minijobber die Möglichkeit, ohne Steuer- und Beitragsabzüge hinzuverdienen zu können. Doch durch den steigenden Mindestlohn nimmt die Anzahl an Stunden, die Minijobber bis zum Erreichen der 450 Euro-Lohngrenze arbeiten dürfen, immer weiter ab. Derzeit liegt der Mindestlohn bei 9,35 Euro pro Stunde, bis Mitte 2022 soll

er schrittweise auf 10,45 Euro pro Stunde steigen. Davon profitieren Minijobber aber nicht finanziell, denn für sie verkürzt sich mit jeder Anhebung nur die Arbeitszeit. Gleichzeitig werde es für die Arbeitgeber immer schwieriger, die wegfallenden Arbeitsstunden aufzufangen. **Deshalb ist künftig eine regelmäßige Anpassung der Verdienstgrenze an den Mindestlohn erforderlich.**



*Europaausschussvorsitzender Gotthardt am 26. Oktober als Redner im Jugendforum für Europa des Bayerischen Landtags*

Beschäftigt hat uns auch eine **Sonderplenarsitzung am Freitag**. In diesen Tagen trifft die Pandemie auch unsere Heimat Bayern wieder mit voller Wucht. Es ist ein Spezifikum dieser Ausnahmesituation, dass die damit verbundenen Herausforderungen nicht durch individuelle Leistungen, sondern einzig im Schulterschluss zwischen Staat und Gesellschaft gemeistert werden können. **Damit die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz bei den Menschen in Bayern Akzeptanz finden und von ihnen befolgt werden, bedarf es einer möglichst breiten demokratischen Legitimation.** Unsere Regierungsfraktion hat deshalb schon an Pfingsten dafür geworben, Lehren aus Corona zu ziehen und vorgeschlagen, grundrechtseinschränkende Verordnungen der Staatsregierung durch das Parlament billigen zu lassen. **Mit der Sonderplenarsitzung kommt die Staatsregierung dem Petition der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion nach, so dass sich unser Einsatz für die Reparlamentarisierung der Corona-Debatte gelohnt hat.**

Wie kann Schule trotz der in ganz Deutschland wachsenden Gefahr einer Corona-Neuinfektion funktionieren? Dafür bieten sich sogenannte digitale Kommunikations- und Kollaborationswerkzeuge an. **Hinter dem sperrigen Begriff verbergen sich clevere neue Digitalanwendungen für Tablets und Laptops.** Diese künftig verstärkt zu nutzen, forderten wir als FREIE WÄHLER-Fraktion in einem Antrag zum Landtagsbildungsausschuss. Denn in Zeiten möglicher Klassenschließungen oder teilweiser Umstellung auf Distanzunterricht kommt Videokonferenzsystemen besondere Bedeutung zu, um den **Kontakt zwischen Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern aufrechtzuerhalten.** Wir wollen allen Schülerinnen und Schülern im bayerischen Bildungssystem zum Ende der aktuell laufenden Softwarenutzungsverträge eine geeignete Nachfolgelösung zur Verfügung stellen. Das ist wichtig, falls auf zeitweisen Distanzunterricht umgestellt oder Quarantänemaßnahmen ergriffen werden müssen.



Neben der Schule beschäftigen wir uns auch mit der **Wirtschaft in Bayern und den Auswirkungen des Green Deals** in der Europäischen Union. Unsere FREIE WÄHLER-Fraktion steht hinter den zentralen Anliegen des europäischen Green Deal. Denn es ist wichtig, **unsere Wirtschaft, unsere Energieversorgung und auch unseren europäischen Kapitalmarkt nachhaltig, ökologisch und fair auf die Zukunft auszurichten.** Mit einer Expertenanhörung werden wir unserer Verantwortung als Regierung gerecht und beschäftigen uns frühzeitig mit allen relevanten Fragen rund um den Green Deal. Regulierungen aus Brüssel können weitreichende Folgen

für uns alle haben – deshalb werden wir alles dafür tun, damit die ökologische und wirtschaftliche Neuausrichtung des Freistaats gelingt. Ziel muss es sein, dass der **Green Deal den richtigen Rahmen und die richtigen Impulse liefert, um den Wirtschaftsstandort Bayern und Deutschland in Europa erfolgreich weiterzuentwickeln**. So muss der Green Deal etwa die Transformation in der Automobilbranche gezielt voranbringen. Gleichzeitig dürfen seine Regularien keinesfalls bayerische Arbeitsplätze oder unsere Exportstärke gefährden. Bayern, Deutschland und alle von der Corona-Krise gebeutelten EU-Staaten müssen sich den Transformationsprozess durch den Green Deal leisten können, ohne vom Weltmarkt überrollt zu werden. **Die EU ist Garant für Frieden und Wohlstand in Europa** – deshalb sind wir trotz aller offenen Fragen optimistisch, dass auch der Green Deal ein Erfolg wird.



*Der umweltpolitische Sprecher Benno Zierer am 28. Oktober in der Debatte zur Regierungserklärung von Umweltminister Glauber*

## Impressum

---

Bürgerbüro Roland Weigert, MdL  
Münchener Str. 24 86633 Neuburg a.d. Donau  
Tel.: 08431 6463270 buergerbuero@weigert-mdl.de